

Die Wasserversorgung des Dorfes Würm

Ein geschichtlicher Abriss von Herbert Ruff

In der Geschichte der Menschheit hat das Wasser immer eine entscheidende Rolle gespielt. Es war und ist eine Voraussetzung für die Besiedlung von Regionen, für das Entstehen von Kulturen. Das technisch hochentwickelte Wasserversorgungsnetz im Römischen Weltreich ist ein beeindruckendes Beispiel dafür. Im Europäischen Mittelalter galt als wesentliches Kriterium für das Ansehen einer Stadt eine gute Versorgung mit Wasser. Die Zahl der öffentlichen Brunnen war eine Art Statussymbol. Das Wasser musste „gut“ sein; man glaubte bereits im Mittelalter, dass davon auch die Gesundheit der Bevölkerung abhing, dass „schlechtes“ Wasser etwa den Ausbruch von Seuchen verursache. Allerdings entdeckten Forscher wie Robert Koch oder Louis Pasteur erst im 19. Jahrhundert, wodurch die Qualität des Wassers „schlecht“ wurde. Im Mittelalter behalf man sich mit einfachen Erklärungen, die sich ebenso rapide ausbreiteten wie die Seuchen selbst: Übeltäter, z. B. Juden, so eine stereotype Meinung, „vergifteten“ angeblich von Zeit zu Zeit die Brunnen.

Vor dem Bau von Leitungsnetzen mit Hausanschlüssen musste die Bevölkerung ihren Bedarf an Wasser von öffentlichen Brunnen in die Häuser transportieren oder transportieren lassen. Aus gefassten Quellen wurde das Wasser in Brunnentröge geleitet. Als Leitungen dienten steinerne Rinnen oder ausgehöhlte Baumstämme, sogenannte „Deichel“. Metalleitungen kamen erst ab dem 18. Jahrhundert in Gebrauch. Daneben grub man an geeigneten Stellen Zisternen, um Grundwasser zu sammeln.

In Würm lassen sich beide Systeme nachweisen, obwohl keine der bis ins 19. Jahrhundert benutzten Anlagen erhalten ist. Brunnenschächte gab es am Emil-Salm-Weg, am oberen Ende der Fahrstraße und an der Waldstraße. Brunnen, die aus heute noch fließenden Quellen gespeist wurden, lagen am unteren Ende der „Bänz“ (hinter dem Ammerau-Freizeitgelände, in den Akten des Bezirksamtes „Bent“ genannt) - der „vordere“ und der „hintere Bänzbrunnen“. Ein Rätsel bereitet der „Seltenbachbrunnen“ - sowohl in Bezug auf seinen Namen als auch auf die Anlage. Es handelt sich um einen in den Berghang getriebenen Stollen von 65m Länge, der noch begehbar ist. Der Eingang befindet sich auf einem Wiesengrundstück westlich des Friedhofes. Wer die Anlage kennt, kann sich schwer vorstellen, dass man (vermutlich im 18. Jahrhundert) ein derart aufwendiges Bauwerk in den Berghang trieb, um Wasser zu gewinnen. Die ersten 20 Meter nach dem Eingang sind mit behauenen Steinen eingewölbt, die anschließenden 45 Meter führen durch gewachsenen Fels. Die Anlage erinnert eher an einen Bergwerkstollen als an eine Brunnenstube. Allerdings gibt es Hinweise, dass die Gemeinde zumindest versucht hatte, aus dem Stollen Wasser ins Dorf zu leiten. Im Jahr 1880 beschloss der Gemeinderat, „die überflüssigen steinernen Kanäle im Felde“ neben dem Brunnen zu entfernen, da sie doch keinen Nutzen mehr hätten. Der „Brunnen“ lieferte offenbar keine nennenswerte Wassermenge mehr.

Als Viehtränke diente natürlich die Würm. Zwei Straßennamen erinnern an die Viehtriebe von der „Almendgass“ (heute Würmer Hauptstraße) zum Fluss: Die „Viechgasse“ (heute Schulstraße) und das Gässle. Bereits in den Jahren 1499 bzw. 1501 werden diese Zugänge zum Fluss erwähnt.

Über die Probleme der Wasserversorgung in Würm kann man sich erst im 19. Jahrhundert ein genaues Bild machen: einerseits aus den Protokollen über die Sitzungen des Gemeinderates und des Bürger-

ausschusses, andererseits aus den (Mängel-)Berichten der Oberamt- (bis 1858) bzw. Bezirksamtänner nach ihren Ortsbereisungen. Sowohl aus der Sicht der Gemeindeorgane als auch der Aufsichtsbehörde war die Trinkwasserversorgung im Ort schlecht, nach heutigen Maßstäben katastrophal. Kreisbehörde und Gemeindeverwaltung waren sich einig, dass die Situation umgehend verbessert werden musste. Unterschiedliche Ansichten entwickelten sich, wenn über konkrete Maßnahmen und deren Kosten verhandelt wurde. Die Bezirksamtänner und die Vertreter der zuständigen Fachbehörden der Landesregierung mussten den Eindruck gewinnen, dass die Vertreter der Gemeinde die Wasserversorgung mit allen Mitteln verbessern wollten, dass aber die „Mittel“, die Geldmittel, nicht aus der Gemeindegasse, d. h. aus den „Umlagen“ (Steuern) fließen sollten.

Indessen entwickelte sich aus Sicht des Bezirksamtes die Trinkwasserversorgung zu einem immer akuterem Problem; von ihr hingen die hygienischen Verhältnisse eines Dorfes ab, und die konnten die Ursache sein für den Ausbruch von Seuchen - mit das Schlimmste, was in einem Amtsbezirk geschehen konnte. Im Anschluss an seine Bereisung im Jahr 1851 beschrieb der Amtmann die Qualität der Würmer Trinkwasserversorgung. Entlang der Hauptstraße, wo der größte Teil der Bevölkerung lebte, könne keiner der vorhandenen Brunnen die benötigte Wassermenge liefern. Daher „... muss der größte Teil der Bürger ... um für sich Wasser zu holen, den steilen Hügel herab zu einer hart am Würmfluss gelegenen Quelle steigen“. Es handelte sich wohl um die erwähnte „Bänzquelle“, vielleicht auch um eine Quelle am Brunnenweg und den Glashofbrunnen. Was derartige Transportwege und Transportmethoden für die Zeiteinteilung, die Lebensqualität und die hygienischen Verhältnisse in einem Dorf bedeuten, kann man sich vorstellen. Jeden Tropfen Wasser, den man verbrauchte, musste man ins Haus schleppen. (GA Fasz. 71)

Etwa um die gleiche Zeit begann die Suche nach höher gelegenen Quellen, von denen das Wasser zum Dorf geleitet werden konnte. 1851 glaubte der Gemeinderat, dem Bezirksamt zwei Quellen vorschlagen zu können, den „Jettenbrunnen“ (beim BW-Depot auf Huchenfelder Gemarkung gelegen) und den „Leimbrunnen“ (im Wald links der Verbindungsstraße nach Huchenfeld). Da der Jettenbrunnen aber auf Huchenfelder Gemarkung liege und die Gemeinde Huchenfeld ihn gelegentlich nutze, komme eine Nutzung für Würm kaum in Frage. Das Bezirksamt solle sich dennoch für eine Nutzung durch die Gemeinde Würm einsetzen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Versorgung mit Trinkwasser in Huchenfeld genauso mangelhaft war wie in Würm. Der Amtmann wollte nun eine Entscheidung herbeiführen und schaltete einen „Ingenieurpraktikanten“ namens Gerstner ein, der in Pforzheim gerade „mit der Herstellung einer Wasserleitung“ betraut war. Gerstner begutachtete die beiden Alternativen und riet von beiden ab - wegen der großen Entfernung zum Dorf und wegen ihres „geringen Wassergehalts“. Er riet, innerhalb des Dorfes Schächte für „Pumpbrunnen“ zu graben, und zwar 45 Fuß tief (~13,5 m). Der Gemeinderat nahm den Vorschlag zur Kenntnis, versicherte aber, bereits „früher“ habe man so tief gegraben, ohne auf Wasser zu stoßen. Zunächst solle alles beim Alten bleiben.

Diesem Grundsatz blieb das Gremium treu; bis zum Jahr 1860 geschah nichts oder sehr wenig zur Beseitigung der Misere. 1860 war man auf dem Würmer Rathaus immerhin bereit zu einer „nochmaligen Prüfung“. Um die Angelegenheit voranzutreiben, forderte der Bezirksamtmann 1861 den Gemeinderat auf, endlich „einen ... Plan und Kostenüberschlag über Zuleitung von Wasser anfertigen zu lassen“. Wie der Gemeinderat die Auflage erfüllte, kann man dem Bericht über die Bereisung im Jahr 1865 entnehmen. Der Bezirksamtmann äußerte sich darin recht ungehalten über die „Bedenklichkeit“ auf dem Würmer Rathaus, die die Entwicklung eines realisierbaren Konzepts verhindert habe. Er wollte endlich geklärt wissen, ob Quellen außerhalb des Ortes genutzt werden konnten oder sollten, oder ob man (wie bereits 1852 vorgeschlagen) im Ort „durch Grabungen“ (Bohrungen) Wasseradern erschließen wollte. Ohne das Ergebnis weiterer Beratungen im Gemeinderat abzuwarten, ließ er durch Sachverständige eine Lösung ausarbeiten und erteilte der Firma Benckiser den Auftrag, einen Plan nebst einem „Kostenüberschlag“ vorzulegen. Der Lösungsvorschlag, den der Gemeinderat im März 1868 erhielt, sah Folgendes vor: Die Bänzquellen und die Quelle an den „Hirschwiesen“ (bei der Einmündung des Würmer Sträßchens in die Würmtalstraße) sollten in einer Brunnenstube zusammengefasst werden. Das „Hirschwehr“ (bei der Ammerau) war „so zu ertüchtigen“, dass über einen Seitenkanal mit 9,5° Gefälle ein Pumpwerk betrieben werden konnte, welches das Quellwasser zu „einem Reservoir oberhalb des Gasthauses zum Lamm befördern“ sollte. Von dort sollte es in sechs öffentliche Brunnen im Dorf fließen. Außerdem sah der Plan vor, dass „... an passenden Stellen zur Benützung bei Brandfällen vier

‘Feuerhahnen’ (Zapfstellen?) angebracht werden ...“ [sollten]. Dem Gemeinderat erschienen die veranschlagten Investitionskosten in Höhe von 12.500,-- Gulden (fl) (in Markwährung 21.250,-- M) viel zu hoch, und er lehnte im April das Projekt ab. Da mit dem Gemeinderat, den Repräsentanten der vermögenden Steuerzahler, offenbar keine Einigung zu erzielen war, ließ es der Amtmann im „großen Ausschuss“ (später „Bürgerausschuss“) beraten. Seit der revidierten Gemeindeordnung von 1851 war dies die Vertretung der Gesamtbürgerschaft und bestand in einer Gemeinde von der Größe Würms aus 18 Mitgliedern. Gewählt wurde er von den stimmberechtigten Bürgern nach einem Drei-Klassen-Wahlrecht und wählte seinerseits den Bürgermeister und die Gemeinderäte, die eine Art kollektive Gemeindeverwaltung bildeten. Gleichzeitig fungierte er als Kontrollorgan des Gemeinderats. Er stimmte über dessen Beschlüsse ab und konnte sie bei Anwesenheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder mit einfacher Mehrheit bestätigen oder ablehnen. Der Amtmann „... brachte nun diese Angelegenheit vor versammeltem großen Ausschusse nochmals zur Sprache, suchte alle Vorteile des Unternehmens in das rechte Licht zu stellen und die vorgebrachten Einwände zu bekämpfen.“ Es gelang ihm „... denn auch, einen einstimmigen Beschluss herbei zu führen, wonach sich der große Ausschuss Namens der Gemeinde bereit erklärte: eine Wasserleitung nach dem vorliegenden Plane der Herren Gebrüder Benckiser mit einem Aufwande von circa 12.500 fl herzustellen. ... Dem Gemeinderate wurde die Ermächtigung (Anweisung) erteilt, Alles dasjenige auf Kosten der Gemeinde vorzukehren (vorzubereiten), was zur Erhebung weiterer Gutachten, Anfertigung von Detailplänen und anderen Vorbereitungsarbeiten nötig ist.“

Die Mitglieder des Ausschusses hatten sich offenbar überzeugen lassen, dass man das Problem nicht endlos vertagen und seine Lösung von der Befindlichkeit der Steuerzahler abhängig machen konnte. Möglicherweise spiegelte sich in dieser Entscheidung der Beginn eines gesellschaftlichen und politischen Wandels in der Bevölkerung und ein Stück sozialen Verantwortungsbewusstseins wider. Die Arbeiten sollten begonnen werden nach der Fertigstellung des Schul- und Rathauses, dessen Baubeginn unmittelbar bevorstand. Um eine Realisierung der benckiserschen Pläne scheinen sich in den 1870er Jahren zunächst weder die Gemeinde noch die übergeordnete Behörde gekümmert zu haben. In den schriftlichen Quellen ist nichts darüber zu finden. Die katastrophale Wirtschaftskrise in den 1870er Jahren, unter der auch die öffentliche Hand litt, könnte ein Grund dafür gewesen sein. In den Jahren 1879/80 befasste sich an Stelle des Bezirksamtes die „Großherzogliche Wasser- und Straßenbauinspektion“ mit der Angelegenheit. Diese Landesbehörde ließ die Schüttung (Wassermenge) und die Wasserqualität der drei Quellen untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung war einigermaßen zufriedenstellend: Die Schüttung der Banz- und Hirschquellen reichte für die Versorgung des Dorfes aus; allerdings erwies sich die Wasserqualität der Hirschquelle als „bedenklich“, vermutlich durch „Zutritt von Tagwasser“ (Oberflächenwasser), und sie sollte bereits oberhalb der Würmtalstraße gefasst werden. Dies geschah auch; Reste der Brunnenstube waren am Würmer Sträßchen noch vor einigen Jahren zu sehen.

In den 1880er Jahren - man erörterte immer noch die alten Pläne, deren Realisierung dem Gemeinderat zu teuer erschien - entwickelte sich das Problem zur Katastrophe. Die herkömmliche „Versorgung“ aus den im Tal gelegenen Brunnen wurde immer unzulänglicher: Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1850 und 1890 von 550 auf 814, die verfügbare Wassermenge blieb gleich. Bei Kontrollen wies das Quellwasser obendrein Verunreinigungen auf: 1887 war das Wasser des vorderen Bänzbrunnens so „verschmutzt“, dass es nur im abgekochten Zustand verwendet werden durfte, und die Gemeinde versuchen musste, durch die „Auftragung einer Lehmschicht“ das Einsickern von Schmutzwasser zu verhindern. Nicht nur nahm die Bevölkerungszahl rasch zu, innerhalb der Bevölkerung vollzog sich ein nachhaltiger sozialer Wandel. Würm entwickelte sich zu einem Industriearbeiterdorf; 1885 verdienten bereits 140 Pendler ihren Lebensunterhalt in der Pforzheimer Industrie und waren tagsüber außerhalb des Dorfes. Dass dieser Bevölkerungsteil die benötigte tägliche Wassermenge auch nur teilweise in die Wohnungen schleppen sollte, ist kaum vorstellbar. Je nach Konjunkturlage konnte die Arbeitszeit bis zu 14 Stunden am Tag betragen. Als „Wasserschlepper“ kamen in ihren Haushaltungen nur die in der häuslichen Landwirtschaft tätigen Frauen oder die Kinder in Frage. (Dazu GA Fasz. 261 u. 262)

Indessen versuchten die Gemeinden Huchenfeld und Würm auf eigene Faust ihre Wasserversorgung zu verbessern - natürlich mit möglichst wenig Kapitalaufwand. 1886 beschloss der Würmer Gemeinderat erneut, „oberhalb den Häusern“ nach Quellwasser „graben“ zu lassen und aus einer Mitteilung der „Bezirksforstei“ geht hervor, dass die Gemeinde auch im Hagenschieß bis in das Jahr 1891/92 nach Wasser suchen ließ. Aus Sicht der Landesbehörden kam gegen Ende der 1880er Jahre eine separate

Versorgung einzelner Gemeinden jedoch nicht mehr in Frage. Das Innenministerium und die „Kulturinspektion“ waren bestrebt, bei der Wasserversorgung möglichst viele Gemeinden zusammenzufassen - z. B. die auf dem Höhenrücken zwischen Nagold und Würm gelegenen. Die Versorgung des „Biet“ mit Huchenfeld zusammen kam nicht zum Tragen, dafür die von Huchenfeld und Würm. Eine Quelle im Nagoldtal sollte die erforderliche Wassermenge liefern. Die Politik der langen Bank auf dem Würmer Rathaus, an der sich die Bezirksamtmänner annähernd 30 Jahre lang hatten abarbeiten müssen, fand ein abruptes Ende. Am 18.02.1889 wurden dem Gemeinderat Pläne und eine Kostenschätzung (anteilig 45.000,-- M) zugesandt mit der Aufforderung, Stellung zu beziehen - vor allem zur Finanzierung. In Aussicht gestellt wurde ein staatlicher Zuschuss. Mit Hilfe eines Darlehens und eines außerordentlichen Holzhiebes sollte die Gemeinde die verbleibenden Kosten aufbringen. Da, wie gewohnt, die Gemeinderäte sich zunächst nicht rührten, forderte sie der Amtmann am 18.05.1889 auf, endlich die erforderlichen Beschlüsse zu fassen und das Protokoll darüber „baldmöglichst“ dem Bezirksamt vorzulegen. Was die Beschlüsse zu beinhalten hatten, teilte der Amtmann auch gleich in einem „Beschlussvorschlag“ mit. Abermals ließ sich der Gemeinderat Zeit, worauf ihn der Amtmann energisch aufforderte, am „... Samstag den 06.07.1889 Nachmittags präzise um 5 Uhr den Bürgerausschuss zu einer Sitzung zu berufen“, an der er, der Amtmann, persönlich teilzunehmen gedachte. Und keiner dürfe „ohne gerechtfertigte Entschuldigung“ fehlen. Bei einer Gegenstimme erklärte sich der Ausschuss mit dem Plankonzept, der Kostenschätzung und der Finanzierung einverstanden. In den Jahren 1890/91 wurden die Detailpläne ausgearbeitet und ein tragfähiges Finanzierungskonzept entwickelt. Von den 167.000 M Gesamtkosten (ursprünglich 129.200,-- M, Steigerung wegen gestiegener „Stahlpreise“) entfielen auf Würm 65.200,-- M (~35%). Die Gemeinde erhielt einen Zuschuss aus dem Landeshaushalt und dem Regionalhaushalt des Mittelrheinkreises (einer Art Regionalverwaltung) in Höhe von 21.900,-- M bzw. 7300,- M. Von den 36.000,-- M Restschuld mussten 26.000,-- M mit Hilfe eines Darlehens aufgebracht werden (4% p.a., 40 Jahre Laufzeit). Dazu kam der Erlös aus dem erwähnten außerordentlichen Holztrieb. In den Augen des Gemeinderates bedeuteten diese Zahlen natürlich den Weltuntergang: Die „Umlage“, der Steuerhebesatz, musste von 32 Pf auf 50 Pf pro 100,- M Vermögen erhöht werden. Am 23.03.1890 versuchte er das Projekt zu verschieben, da die Gemeinde dadurch finanziell überfordert werde. Der Bezirksamtmann stellte daraufhin fest, Würm sei schuldenfrei, habe ein „Vermögen“ (Rücklage) von 22000,- M, und die Missstände in der bisherigen Wasserversorgung müssten unbedingt beseitigt werden. Da der Gemeinderat es versäumt hatte, das nun verbindliche Finanzierungsmodell durch einen Beschluss des Bürgerausschusses in Kraft zu setzen, belegte der Amtmann am 23.07.1892 jedes Mitglied mit einer Ordnungsstrafe von 8,- M. Wie groß das Vertrauen der Aufsichtsbehörden in die Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltungen war, geht aus einem „Vorschlag“ der badischen Kulturinspektion vom 08.01.1892 hervor, ein „Vollzugsorgan“ zu bilden, das bei der Abwicklung der Maßnahme federführend sein sollte. Die Gemeinderäte der beiden Gemeinden stimmten zu, die Bürgermeister gehörten dem Organ an. Die Gemeinden wurden im Grunde genommen entmündigt - wohl zu Recht. Einerseits waren Bürgerausschuss, Gemeinderat und Bürgermeister für die Daseinsfürsorge in den Dörfern zuständig, andererseits überforderten komplexe Aufgaben, die über den dörflichen Alltag hinausgingen, die Verwaltungen hoffnungslos.

Um die Jahreswende 1891/92 fiel gleichsam der Startschuss für das Jahrhundertprojekt: Am 15.12.1891 beauftragte das Innenministerium die Wasser- und Straßenbaudirektion mit der Bauausführung. Sie schrieb ab Januar 1892 die Arbeiten aus und vergab sie. Dabei verdient die Submissionsliste für die „Rohrgräben“ eine besondere Beachtung: Unter den sechs Anbietern waren fünf Italiener, von denen wiederum drei in Huchenfeld ansässig waren. Es handelte sich wohl um Maurer, Tunnelbauer usw., die in den 1870er Jahren zugewandert waren. Zwischen 1872 und 1874 hatten z. B. vorwiegend italienische Arbeiterkolonnen die Nagoldtalbahn gebaut, und während der hektischen Bautätigkeit der Gründerzeit soll die Umgangssprache auf den Pforzheimer Baustellen Italienisch gewesen sein. Parallel zur Bauausführung verhandelte die Behörde mit der „Württembergischen Bahnverwaltung“, weil die Leitung über deren Gelände führte. Zu Jahresbeginn 1892 erwarben die Gemeinden Huchenfeld und Würm das Recht, die auf Dillweißensteiner Gemarkung liegende Rittberg- oder Kanalquelle für Ihre Wasserversorgung zu nutzen gegen eine einmalige Entschädigung von 900,- M. Parallel zu den Baumaßnahmen hatten die Gemeinden eine Reihe von Fragen und Problemen zu klären bzw. zu lösen: Ein gemeinsamer Ausschuss, bestehend aus den Bürgermeistern und je einem Gemeinderat, sollte Umbauten und Erweiterungen der Leitungsnetze in Huchenfeld und Würm künftig einvernehmlich regeln,

ebenso die Anteile der Gemeinden an den Betriebskosten. Außerdem musste man sich mit den Hauseigentümern über die Hausanschlüsse und deren Kosten einigen. Die Zahl und die Standorte öffentlicher Brunnen als Viehtränken waren festzulegen. Ebenso die Höhe des „Wasserzinses“ für Haushalte, Betriebe, Viehbestand usw. Am 12.07.1892 und 31.07.1892 fielen wichtige Entscheidungen: Von 117 Würmer Hausbesitzern entschieden sich 77 (etwas später 84) für den sofortigen Anschluss ihrer Anwesen. Die Kosten für die Zuleitungen vom Hauptstrang bis zu den Außenwänden der Häuser übernahm zu 2/3 die Gemeinde, 1/3 mussten die Eigentümer bezahlen. Die Gemeinde schoss die Anschlusskosten insgesamt vor, allerdings in Form eines Darlehens, das mit 4% zu verzinsen war. Die Arbeiten schritten rasch voran. Im Lauf des Jahres 1892 wurden Pumpwerk und Fernleitung fertig gestellt, die im Würmer „Hochbehälter“ am Hilpertsbaumweg (ca. 150 m westl. des Friedhofes) endete. Nach der Verlegung der „Ortsleitungen“ (Hausanschlüsse) im Winterhalbjahr 1892/93 feierte Würm am 08.05.1893 die Einweihung der Trinkwasserleitung. Der Ort wurde „... mit Tannenbäumen gekrönt ...“, und die Schulkinder bekamen Essen und Trinken in einer Wirtschaft. Am 29.12.1893 bezifferte die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus die Gesamtkosten für das Projekt auf 16.1985,50 M. Dass das frei Haus gelieferte Wasser wie eine Ware Geld kostete, leuchtete nicht allen Konsumenten ein; noch 1897 versorgten sich manche Haushaltungen aus den öffentlichen Brunnen, um den Wasserzins zu sparen. Der betrug 6.- M pro Haushalt und Jahr. Wirtschaften mit/ohne Metzgereien hatten 35.- M bzw. 20.- M zu bezahlen, der Zins für „größere“ Bäckereien betrug 15.- M, für „kleinere“ 10.- M, für die Schmuckfirma Hacker & Maier fielen 35.- M an. Die Kulturinspektion beanstandete an der Satzung, dass für Vieh keine Gebühren zu entrichten waren. Der Gemeinderat konnte die Landwirte zunächst vor dieser Last bewahren - und er hatte sogar triftige Gründe. Das Jahr 1891/92 war ein Katastrophenjahr. Ein Unwetter zerstörte 1891 die Dorfstraßen und machte die Feldwege unpassierbar, sodass die Landwirte ihre Felder nur eingeschränkt bewirtschaften konnten. Ruinös wirkte sich im darauf folgenden Jahr eine extreme Dürre aus; der dadurch verursachte Mangel an Futtermitteln ließ den Rinderbestand innerhalb eines Jahres um 1/3 schrumpfen. Ein schlechter Geschäftsgang in der Pforzheimer Industrie, wo auch die „reicheren“ Landwirte ihr Geld verdienten, tat das Übrige.

Die Einwohner Würms und Huchenfelds haben sich nach dem sprunghaften Fortschritt der Zivilisation in den folgenden Jahren sicher gefragt, ob die Nagoldtallösung für die Trinkwasserversorgung wert war, was sie gekostet hatte und laufend kostete. An sich waren die aufzubringenden Eigenmittel bescheiden - 36000.- M für Würm. Von knapp 900 Einwohnern im Jahr 1897 war jeder mit etwas mehr als 40.- M belastet. Bei 170 „Haushaltungen“ entfielen pro Haushalt/Familie ~211 M. Die Einnahmen aus den 1892 beschlossenen Wasserzins-Gebühren betragen etwa 1000 M., was den Schuldendienst für das Darlehen (26000.- M), der sich auf 1040.- M belief, kaum abdeckte; geschweige denn die laufenden Betriebskosten. Diese erschienen so, wie sie anfielen, in den allgemeinen Haushaltplänen. Von Abschreibungen und Rücklagen ist nirgends die Rede. Die Wasserversorgung war somit, modern ausgedrückt, ein Subventionsbetrieb. Ein kommunalpolitisches Grundthema klingt an: Bezieht der Einwohner einer Gemeinde das Lebensmittel Wasser zu den Kosten, die der Gemeinde für Erzeugung und Lieferung entstehen, oder werden die Kosten - unabhängig von der bezogenen Menge - durch die pauschale Abgabe Wasserzins und/oder Steuern beglichen?

Dass die Landes- und Kreisbehörden bei der Behebung des Trinkwasserproblems Druck auf die Gemeinden ausübten, ist verständlich. Man braucht sich nur an die „Bereitschaft“ des Würmer Gemeinderates zu erinnern, das Problem zu lösen. Wie weitsichtig und zukunftsorientiert die von den Behörden aufgezwungene Lösung war, zeigte sich relativ früh. Bereits im Jahr 1909 zeichnete sich ab, dass sowohl die Schüttung der Quelle als auch die Leistungsfähigkeit des Pumpwerks - es bestand bis zum Jahr 1928 aus einem Wasserrad, dessen Kraft direkt auf die Pumpe übertragen wurde - für die damalige Bevölkerungszahl in den beiden Gemeinden gerade noch ausreichten. Wodurch hatte sich die Situation so zugespitzt, was waren die Hintergründe? Die Bevölkerungszahl, d. h. die Anzahl der Wasserverbraucher, hatte in den beiden Gemeinden rasch zugenommen; von insgesamt 2064 im Jahr 1890 auf 2583 im Jahr 1905. Neue Häuser, vor allem Mietshäuser, wurden gebaut, und die Leitungsnetze mussten erweitert werden, in Würm z. B. 1904 entlang der Fahrstraße zwischen Gässle und Hauptstraße. Um die Jahrhundertwende entstanden an der Würmtalstraße die beiden Gaststätten/Hotels „Post“ und „Kurhotel“, zwei neue Wasserverbraucher. Über deren Anschluss an das Würmer Wasser-Netz einigten sich die Gemeinden in dem erwähnten gemeinsamen Ausschuss, über die dafür anfallenden Kosten stritt die Gemeinde Würm mit den Eigentümern der beidem Objekte bis zum Jahr 1905.

Da sich je länger desto mehr ein Wassermangel abzeichnete, wurde es immer schwieriger, bei Ortserweiterungen in dem dafür zuständigen gemeinsamen Ausschuss Einvernehmen zu erzielen. Eine geordnete Sammlung der Niederschriften über Verhandlungen dieses Gremiums und evtl. getroffene Vereinbarungen gibt es im Würmer Gemeindearchiv nicht, höchstens sporadische Notizen, Behauptungen über das, was man nicht wollte, nicht gewollt hatte, und was tatsächlich oder angeblich gesagt worden war. „Einvernehmliche“ Regelungen wurden erzielt, indem das Bezirksamt oder die Kulturinspektion strittige Punkte entschied. 1908/09 kam es zur ersten heftigen Auseinandersetzung, als beide Gemeinden neue Baugebiete ausweisen wollten und es sich herausstellte, dass in Huchenfeld 1908 fünf Häuser an das Leitungsnetz angeschlossen worden waren ohne Einvernehmen mit Würm. Nach einem massiven Würmer Protest entschuldigte sich der Huchenfelder Gemeinderat für das „Versehen“. In Würm gab es auch schon eine vollendete Tatsache; zwar nicht in Form von Wasseranschlüssen fertiger Häuser, aber in Form des Grundstücksverkehrs. Bis zum Jahr 1908 verkauften Würmer Landwirte ca. 5 ha Ackerland und Wiesen „Am Berg“ (heute: „Auf dem Berg“) an „Robert Hasenmayer und Consorten“. Bis auf Professor Adolf Sautter handelte es sich bei den zunächst neun Käufern um Pforzheimer Unternehmer oder Kaufleute. Nach dem bereits bestehenden Vorbild auf Eutinger Gemarkung sollte eine „Villenkolonie“ mit „Landhäusern“ entstehen. Im einen oder anderen Fall war der Landerwerb wohl einfach eine gewinnbringende Geldanlage. Der später zu beobachtende Wechsel der Grundstückseigentümer und die Art der Nutzung deuten darauf hin. Den neuen Eigentümern stellte man auf dem Würmer Rathaus Wasseranschlüsse für ihre Grundstücke in Aussicht und eine Verbesserung des mangelhaften Zufahrtweges. Die durchschnittliche Fläche der zunächst neun Parzellen betrug rechnerisch ca. 0,5 ha. Niemand konnte jedoch davon ausgehen, dass „Am Berg“ gerade einmal neun Häuser ans Wasserleitungsnetz angeschlossen würden. Um ein Einvernehmen mit Huchenfeld leichter zu erreichen, hatte sich die Gemeinde Würm bzw. das Bezirksamt am 10.03.1909 mit den Grundstückseigentümern geeinigt, dass bei Grundstücksteilungen die Mindestfläche 20 a betragen müsse. Dem gegenüber verlangte Huchenfeld, dass nicht mehr als zehn Häuser gebaut werden dürften. Das „Verfahren“ zur Lösung des Streits mutet recht chaotisch an: Zwei vom Bezirksamt anberaumte Gespräche brachten keine Einigung; trotzdem genehmigte die Kulturinspektion am 07.06.1909 den Wasseranschluss für das künftige Baugebiet. Die Huchenfelder Gemeindeverwaltung wandte daraufhin ein, der Wasserverbrauch in Würm steige damit rascher an als in Huchenfeld, und obendrein habe sich sogar der Würmer Bürgermeister Schweigert bei einer Ausschusssitzung in Huchenfeld gegen die Erschließung „Am Berg“ ausgesprochen. Würm brachte die erwähnte Huchenfelder Vergesslichkeit erneut zur Sprache, bat das Bezirksamt um Unterstützung des Vorhabens, stellte gleichzeitig bei der Kulturinspektion den Antrag, ein Gutachten über die Durchführbarkeit des Projekts zu erstellen und gegebenenfalls einen Netzplan für das Neubaugebiet auszuarbeiten. Das Gutachten lag am 03.07.1909 vor. Das Pforzheimer Bezirksamt hatte jedoch im April bereits das erste Bauvorhaben (Franz Seifried), die Kulturinspektion am 07.06.1909 den Bau der Wasserleitung genehmigt. Im August erklärte sich bei erneuten Gesprächen Huchenfeld nochmals bereit, dem Bau von zehn Häusern zuzustimmen, Würm lehnte jede zahlenmäßige Einschränkung ab. Die Behauptung, der Würmer Bürgermeister habe sich gegen das Projekt ausgesprochen, ist wohl Teil eines offenen Konflikts zwischen ihm und dem Gemeinderat, der schließlich so eskalierte, dass Schweigert am 01.10.1909 vorzeitig auf sein Amt verzichtete. Wie sah nun das Gutachten aus, das dem Würmer Gemeinderat - so hoffte man - die Ausweisung des neuen Baugebiets erleichtern sollte? Die Kulturinspektion beschränkte sich nicht auf den aktuellen Streitpunkt „Am Berg“, sondern ließ zudem die Gesamtsituation untersuchen, d.h. die 1909 verfügbare Wassermenge in Relation zum aktuellen und dem zu erwartenden Verbrauch. (GA Fasz. 263 u.268)

Das Ergebnis des Gutachtens, das ja für beide Gemeinden als Zukunftsperspektive dienen sollte, war niederschmetternd. Das Pumpwerk konnte 3,2 l/sec fördern, d. h. 276480 l pro Tag. Der Gutachter legte einen Tagesverbrauch von 100 l für jeden Einwohner zugrunde, es hätten also ~2700 Einwohner versorgt werden können. Im Jahr 1905 lebten in Huchenfeld und Würm insgesamt 2583 Einwohner, die Leistungsreserve des Pumpwerks war also mehr oder weniger erschöpft. Gravierender als die zu geringe Pumpleistung war auf lange Sicht die Schüttung der Quelle, die zum Leidwesen des Gutachters seit 1892, dem Jahr der Fassung(!), niemand mehr gemessen hatte. Sie betrug in Trockenzeiten (1892) 2,5 l/sec. Es standen also pro Tag 216000 l zur Verfügung. Rechnerisch fehlten 1905 in einem angenommenen niederschlagsarmen Jahr täglich 42300 l. Dass bis 1909 kein spürbarer Wassermangel eingetreten war, erklärte der Gutachter damit, dass sich werktags 30% der Einwohner in den Pforzheimer

Fabriken aufhielten. Das Resümee der Untersuchung lautete: Wenn die Bevölkerung in den beiden Gemeinden im bisherigen Umfang wächst, müssen neue Quellen erschlossen und ein leistungsfähigeres Pumpwerk gebaut werden. Bei einer solchen Bilanz hätte der Gutachter eine Ausweisung des Baugebietes „Am Berg“ eigentlich ablehnen müssen. Überraschenderweise hielt er eine Genehmigung für vertretbar - aufgrund eines optimistischen Blicks in die Zukunft. Da bei einer Mindestgröße der Parzellen von 20 a in der geplanten Villenkolonie höchstens 20 bis 25 Gebäude zu erwarten wären, rechnete er die voraussichtliche Bewohnerzahl auf 100 bis 150 hoch. Bei einem künftigen angenommenen Tagesverbrauch von 150 l pro Bewohner bedeutete das zusätzliche 22500 l pro Tag. In den ersten Jahren nach Beginn der Bebauung „Am Berg“ seien aber dort wohl nur etwa 50 Personen zu versorgen. Ein genereller Ausbau des gesamten Versorgungsnetzes sei dafür nicht sofort notwendig. Einen detaillierten Plan für das Rohrnetz in dem Neubaugebiet fügte er bei. Der Gutachter schien einerseits davon ausgegangen zu sein, dass bis zum Beginn der Bebauung und Besiedlung des Areals eine größere Wassermenge zur Verfügung stehen würde. Andererseits waren die bereits erwähnten vollendeten Tatsachen geschaffen worden: Das Bezirksamt hatte das erste Baugesuch genehmigt, die Kulturinspektion die Erweiterung des Leitungsnetzes. Der Gedanke liegt nahe, dass der Gutachter empfahl, was bereits geschehen bzw. nicht mehr zu ändern war. Im Jahr 1910 ließ die Gemeinde die Versorgungsleitung verlegen, von der Einmündung des steilen Fußwegs bis zum Waldrand auf Kosten der „Kolonisten“. Sie hatten künftig pro m³ Wasser 15 Pf. zu bezahlen, die verbrauchte Menge wurde mit Wasseruhren gemessen. Von einem kleinen Hochbehälter am Waldrand aus erhielten die einzelnen Grundstücke ihre Anschlüsse. Im gleichen Jahr wurde im Hochbehälter in Huchenfeld, von dem aus das Wasser nach Würm floss, ein „Wasserverteiler“ installiert, der für Würm einen Zufluss von 1,23 l/sec sicherstellen sollte. 1891 hatten die Planer den Rohrdurchmesser ab Behälter Huchenfeld so gewählt (50 mm), dass die für Würm vorgesehene Menge durchfließen konnte - vorausgesetzt, es war genügend Wasser zum Durchfließen da.

Trotz der bereits festgestellten, auf Dauer ungenügenden Situation geschah im Nagoldtal nicht viel außer Reparaturen am Pumpwerk und gelegentlicher Reinigung des Pumpraumes, wenn ihn das Kulturbauamt Karlsruhe bei einer Kontrolle „... in einem äußerst vernachlässigten und unsauberen Zustand ...“ vorfand. Immerhin wurde zwischen 1925 und 1928 die Leistung des Pumpwerks etwas verstärkt: Eine größere Wassermenge aus der Nagold zum Antrieb des Wasserrades sollte die Pumpleistung erhöhen, 1928 ersetzte man das Wasserrad durch eine Turbine, die einen Pumpenmotor von 12 PS mit Strom versorgen konnte. Eine zweite Anlage - 1936 von Huchenfeld ins Spiel gebracht - lehnte der Würmer Bürgermeister mit dem Argument ab, das Problem sei nicht die Leistungsfähigkeit der Pumpe, sondern die zu geringe Schüttung der Quelle. Um nicht allein auf die Wasserkraft angewiesen zu sein, ließ der Verband eine Reservepumpe mit Dieselantrieb installieren. Trotz dieser Verbesserungen bestimmte ein chronischer Wassermangel die Situation bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Begleitet war die Misere von dem latenten Verdacht, in Huchenfeld würde eine Wassermenge abgezweigt bzw. zurückgehalten, die eigentlich Würm zustehe. Dass die Würmer Gemeindeverwaltung in den 1920er Jahren eine Akte (GA. Fasz. 262) anlegte, die nur Beschwerden über die Wasserversorgung und die Antworten darauf enthält, ist bezeichnend. Von einer verbrauchsorientierten Wasserabgabe-Satzung - allerdings ohne Wasseruhren - erhoffte man 1938 einen Spareffekt. Sie führte aber vor allem zu Auseinandersetzungen mit den Geschäftsinhabern, die für ihre Gebühren eine bessere Versorgung erwarteten. „Am Berg“, wo man bei der Erschließung eine geringe Einwohnerzahl mit entsprechend niedrigem Wasserverbrauch angenommen hatte, etablierten sich in den 1920er Jahren zwei Betriebe mit hohem Verbrauch, das Sanatorium Silbereisen und der Alpengarten; ein Beispiel dafür, wie viel Prognosen wert sein können.

Wie sich die Lage zuspitzte, geht aus dem Lagebericht des staatlichen Kulturbauamtes im Jahr 1931 hervor. Bei einem Brand in Würm hatte sich herausgestellt, dass im Würmer Behälter im Grunde genommen keine Löschwasserreserve vorhanden war. Als Ursache stellte die Behörde fest, dass sich infolge jahrelanger Ablagerungen der Innendurchmesser der Rohrleitung zwischen Huchenfeld und Würm so verengt hatte, dass an Stelle der vorgesehenen 1,23 l/sec gerade einmal 0,815 l/sec zuflossen. Bei einer intakten Leitung hätten den 960 Einwohnern pro Tag 86 m³ zur Verfügung gestanden, d. h. knapp 90 l je Einwohner. Durch die Ablagerungen reduzierte sich die verfügbare Tagesmenge auf etwas über 70 m³. Bei einem angenommenen Tagesverbrauch von 100 l in der Winterzeit war der Bedarf zu 75% gedeckt, bei 150 l im Sommer zu 50%. Die Leitung wurde umgehend gereinigt, der Mangel

blieb. Das Missverhältnis von höchstens gleichbleibender verfügbarer Wassermenge und einem tendenziell steigenden Verbrauch ließ sich nicht durch die eine oder andere Verbesserungsmaßnahme beseitigen. Wie katastrophal sich die Lage entwickelte, verraten der immer aggressiver werdende Schriftverkehr zwischen der Gemeindeverwaltung und den „Kunden“ und die teils verzweifelten Reaktionen der Bürgermeister. Im Jahr 1942 setzte z. B. Bürgermeister Berger eine Belohnung von 200.- RM aus für jeden, der einen „Wasserverschwender“ anzeigte. (GA, Fasz.263).

An konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Misere tat sich nicht viel, zumindest nicht im Nagoldtal. 1934 sollten Arbeiten zur Fassung neuer Quellen ausgeschrieben werden. Die Ausschreibungsformulare sind erhalten, zu einer Ausschreibung kam es jedoch nicht. Im Jahr 1937 wies der Landrat die beiden Verbandsgemeinden an, den Haushalt für die Wasserwirtschaft aus den Gemeindehaushalten auszugliedern und vor allem Rücklagen zu bilden, eine überfällige Maßnahme. 1938 deutete sich bereits der bevorstehende Krieg an: Ausländer durften Versorgungsanlagen nicht mehr betreten. Mit der Kontingentierung von „Eisen“ für den Bau von Wasserleitungen begann bereits die Kriegswirtschaft. Würm erhielt bis 1940 gerade nochmals 3,8 t, im März 1944 eine Sonderzuteilung von 1,5 t für die Reparatur von Schäden im Rohrnetz.

Der Wassermangel bildete das Kernproblem im Leben der Einwohner und engte die Entwicklung der Gemeinde ein. Ein Ausweg aus der Misere musste gefunden werden, zumal sich die Verwaltung dem Vorwurf der Untätigkeit und der Unfähigkeit ausgesetzt sah. In einem Schreiben an das Landratsamt vom 10.05.1938 legte Bürgermeister Berger ein Konzept für die Zukunft der Würmer Wasserversorgung vor: Würm solle zunächst im Wasserverband mit Huchenfeld bleiben, seine Versorgung aber aus Quellen im Würmtal ergänzen. Neben der Behebung der lästigen Wasserknappheit wollte der Bürgermeister die Voraussetzungen für eine Ortserweiterung nach Süden schaffen. Bereits bei der Bebauung der Grundstücke „Am Berg“ konnte man feststellen, dass die Lage des Würmer Wasserbehälters (353 m über NN) einer Ortserweiterung enge Grenzen setzte, auf der Südseite des Tals sah es natürlich nicht besser aus. Die Abzweige von der Waldstraße zur Hans-Thoma-Straße und zur Lenaustraße liegen 344 m bzw. 354 m über NN. Eine Bebauung war bereits in diesem Bereich illusorisch. Der Bürgermeister schrieb am 26.02.1942 an das Wasserwirtschaftsamt, die von der Behörde vorgeschlagene Vergrößerung des bestehenden Behälters (Fassungsvermögen 75 m³) sei sinnlos, Würm brauche einen neuen Behälter mit mindesten 200 m³ Fassungsvermögen „an einer anderen Stelle“. Die „Stelle“ bezeichnete er nicht näher, er dachte wohl an eine Platzierung, die eine Ortserweiterung ermöglichte. (GA Fasz.268 u. 269)

Wie angekündigt ließ die Gemeindeverwaltung ab 1938 neue Quellen im Würmtal durch das geologische Landesamt und das Wasserwirtschaftsamt untersuchen. Als zusätzliche Versorgung kamen in Frage: zwei Quellen an den Bildstättwiesen und der Glashofbrunnen, dazu 1939 eine Quelle am Rehbach und der Seltenbachbrunnen. Die Untersuchungen durch die beiden Fachämter ergaben jedoch, dass alle Quellen kontaminiert waren und keine Trinkwasserqualität aufwiesen. Wo die Quelle am Rehbach genau lag, und ob sie untersucht wurde, lässt sich nicht mehr feststellen. Schließlich konzentrierten sich die Untersuchungen auf die Bildstätt-Quellen. Von einer „Schürfung“, einer Untersuchung des Bodens um die Hauptwasseradern versprach man sich genauere Ergebnisse. Am 13.07.1939 ordnete das Wasserwirtschaftsamt eine „Schachtung“ an, d. h. die gesamte Schüttung sollte erfasst werden. Von Januar bis August 1940 untersuchten die Fachämter die Qualität der Quellen in Bezug auf Schadstoffe und Trübungen. Dazu kamen Messungen der Temperatur des Quellwassers, des Wassers der Würm unter Berücksichtigung der Lufttemperatur. Am 22.08.1940 bescheinigte das Wasserwirtschaftsamt Trinkwasserqualität für die beiden Quellen. Überraschenderweise hatte die Behörde mitten im Krieg noch Zeit, für Würm ein Pumpwerk für den Transport des Wassers von der Bildstätt zum bestehenden Behälter zu planen und die Kosten zu ermitteln. Über das Landratsamt gelangten die Pläne ins Würmer Rathaus, wo man sich ziemlich überrascht zeigte - sicher auch wegen der Kosten in Höhe von 41000.- RM. Am 24.04.1941 teilte der Bürgermeister dem Landrat mit, die Gemeinde verschiebe das Projekt auf die Zeit nach dem Kriege. Sie verfüge weder über die erforderlichen Geldmittel, noch über Arbeitskräfte; und Material (Leitungsrohre) sei seit Kriegsausbruch ohnehin nicht verfügbar. Neben diesen Gründen spielte sicher auch der bereits erwähnte zukunftsweisende Plan mit einem 200 m³ fassenden Behälter „an einer anderen Stelle“ eine Rolle. Mit einem umfassenden Ausbau der Wasserversorgung wollte Bürgermeister Berger nicht nur die bestehende Wasserknappheit beseitigen, sondern auch die Voraussetzung schaffen für ein Wachstum der Gemeinde.

In den Kriegsjahren 1942 bis 1945 spitzte sich die Lage dramatisch zu: Die Sommer 1942 und 1943 waren sehr trocken, das Wasser entsprechend knapp und der Verbrauch hoch. Infolge von kriegsbedingten Zuzügen stieg der Verbrauch in den Dörfern z. T. überdurchschnittlich an - Würm musste von 1943 bis Ende 1946 einen vorübergehenden „Wanderungsgewinn“ von etwa 1000 Personen verkraften. Dazu kamen Auflagen, für den Fall von Luftangriffen genügend Löschwasser zur Bekämpfung von Bränden vorzuhalten. Die dem Landratsamt zugesandten Berichte bilden im Grunde eine Katastrophe ab. Im Sommer/Herbst 1943 konnte die Leitung vom Behälter zu den Verbrauchern morgens und abends für zwei Stunden geöffnet werden, im Herbst 1944 nur eine Stunde. Nach Kriegsende stellte sich bei Untersuchungen heraus, dass mancherorts die Trinkwasserquellen stark kontaminiert waren, so auch die Rittbergquelle. 1947 und 1948 schloss der Landrat nicht aus, dass „Fälle von ansteckenden Krankheiten“ durch das verseuchte Wasser verursacht werden könnten. Was die Verbraucher gegen die Kontaminationen tun konnten oder sollten, war altbekannt: Nur in abgekochtem Zustand verwenden. Der Mangel an Trinkwasser und eine überstürzte Suche nach neuen Quellen muss in der Nachkriegszeit ein landweites Problem gewesen sein, wohl verstärkt durch den extrem trockenen Sommer 1947. In einem Rundschreiben vom 24.10.1949 warnte das Regierungspräsidium die Gemeindeverwaltungen davor, bei der Suche nach Quellen die Dienste von Wünschelrutengängern in Anspruch zu nehmen; man solle das Geld für seriöse Suchmethoden ausgeben.

In Würm bemühte sich der seit dem 01.05.1945 wieder amtierende Bürgermeister Ludwig Bangert um eine zügige und dauerhafte Lösung des ererbten Problems. Grundlage waren die beschriebenen Untersuchungen zwischen 1938 und 1940, die eine Fassung der Quellen bei den Bildstättwiesen nahe legten. Das Wasser der Quellen sollte in einem 75 m³ fassenden Behälter gesammelt und von dort in das Leitungsnetz der Gemeinde hochgepumpt werden. Der „Bau einer Wasserleitung“ - so der Titel einer Gemeindeakte (GA, Fasz. 272) - verlief folgendermaßen: Ab November 1946 schachteten sechs Arbeiter der Fluss- und Schwerspatwerke die Quellfassungen und die Brunnenstube aus.

Am 16.12.1946 untersuchte das städtische Untersuchungsamt die Wasserqualität der beiden Quellen und stellte fest, dass im Quellwasser kein Wasser aus der unmittelbar vorbei fließenden Würm festzustellen sei; man könne aber das Eindringen von Flusswasser nicht grundsätzlich ausschließen.

Am 08.01.1947 bestellte das Wasserwirtschaftsamt Rohre, Passstücke usw. für die Fassung der Quellen und die Zuleitung zum örtlichen Leitungsnetz und stufte die Maßnahme als „dringend“ ein. In der Nachkriegszeit war dies besonders wichtig. Material jeder Art war knapp und rationiert, der Bedarf enorm. Beschaffungen auf dem florierenden Schwarzmarkt kamen für eine Gemeinde nicht in Frage.

Am 03.02.1947 beraumte der Landrat einen Termin an, bei dem die „vermögensrechtliche Auseinandersetzung“ innerhalb des Wasserverbandes Huchenfeld - Würm erörtert werden sollte. Die Gemeinden einigten sich, dass der Verband bestehen blieb, bis Würm eine eigene Wasserversorgung habe. Der Verband, d. h. die beiden Gemeinden, hatten somit die Kosten für die Maßnahme gemeinsam zu tragen. Für Huchenfeld war diese Vereinbarung akzeptabel, weil die Gemeinde in absehbarer Zeit über die ganze Wassermenge aus dem Nagoldtal verfügen konnte.

Als nächstes wies das Wasserwirtschaftsamt am 07.07.1947 die Firma „Baubedarf“ in Karlsruhe an, 10 t Zement für die Betonierarbeiten bereitzustellen. Mit Hilfe eines Tauschgeschäfts erhielt Würm am 27.09.1947 von der Gemeinde Ittersbach eine nicht näher bestimmte Menge Leitungsrohre gegen 20 Festmeter Nutzholz.

Der Bau des Sammelbehälters und des dazu gehörigen Pumpengebäudes begann bereits im Oktober 1947. Die Gemeindeverwaltungen in Huchenfeld und Würm trieben das Vorhaben zügig voran. Irgendwann musste man 1948 mit der Währungsreform und einer Entwertung der überdimensionierten Reichsmark-Bestände rechnen. Wenn möglich, sollten die Kosten in der alten Währung beglichen werden. Diese Hoffnung erfüllte sich nur teilweise: Am 20.06.1948 wurde die Deutsche Mark eingeführt und die Reichsmark im Verhältnis 1:10 abgewertet. Zu diesem Zeitpunkt war das Projekt zu etwa 75% fertig gestellt. Nach Berechnungen des Wasserwirtschaftsamtes vom 22.09.1948 würden noch 26000 DM an Kosten anfallen: für Erdarbeiten, zwei Elektropumpen mit einer Leistung von je 8,8 kW und einer Förderleistung von 300 l/min. Dazu kam noch ein Reserve-Dieselantrieb. Durch einen Zuschuss aus dem Gemeinde-Ausgleichstock fiel den Gemeinden die Bereitstellung dieser hoch erscheinenden Restsumme etwas leichter.

Im Juli 1949 nahm die Gemeinde Würm ihre neue Versorgungsanlage in Betrieb. Die Zeit der Wasserknappheit war damit zunächst beendet und - so glaubte man - auch die stagnierende Dorfentwicklung. Alsbald wies die Gemeinde neue Baugebiete aus: Steigerstraße, Hohenwarter Straße, Gartenstraße (heute Bergmannstraße). Dabei stand allerdings fest, dass die Lage des alten Hochbehälters am Hilpertsbaumweg (353 m über NN) ein Limit bedeutete für eine Ausdehnung der überbaubaren Fläche nach Süden. An den Bau eines neuen höher gelegenen Behälters dachte angesichts des knappen Geldes zunächst niemand; in den Gemeindeakten ist jedenfalls nichts darüber zu finden. Interessant ist ein Blick in die Angebotslisten für die Verlegung der Leitung vom Pumpwerk zum Dorf: 150 laufende Meter (Durchmesser 100 mm) konnten für 350.- DM verlegt werden, der Stundenlohn für einen Meister war mit 2,10 DM, für einen Gesellen mit 1,80 DM kalkuliert. Am 14.11.1950 wurde der Wasserverband Huchenfeld-Würm aufgelöst. Das Anwesen Hirsauer Straße 400, bestehend aus einem Grundstück von 18828 m² Fläche und der Pumpanlage, gingen in das Alleineigentum der Gemeinde Huchenfeld über.

Die Freude darüber, dass die Zeit des Wassermangels nun vorüber war, hielt nicht lange an. Kurz nach der Inbetriebnahme traten die ersten Mängel auf, zunächst in Bezug auf die Qualität des Wassers. Nach den Untersuchungen und Messungen in den Jahren 1939-1940 konnte man davon ausgehen, dass die beiden Bildstättquellen einwandfreies Wasser in ausreichender Menge lieferten; und es war selbstverständlich, dass die Gemeinde auf dieser Grundlage ab 1946 sich daranmachte, die Misere ein für allemal zu beseitigen. Ob die zuständigen Fachämter vor der Nutzung der Quellen deren Wasserqualität hätten sorgfältiger prüfen sollen, ist schwer zu sagen. Am 10.06.1949 - die Anlage lief noch im Probetrieb - gab es ein böses Erwachen: Die staatliche Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Karlsruhe stellte fest, das Wasser sei mit Kolibakterien „verseucht“. Fast bei jeder Probe wurde dies fortan festgestellt. 1951 musste die Gemeinde eine Chlorierungsanlage einbauen lassen, um eine Mindestsicherheit zu gewährleisten. Nach diesem hygienischen Fortschritt konnte es allerdings vorkommen, dass eine zu starke Chlorbeimischung das Wasser nahezu ungenießbar machte. Woher die Verschmutzung kam, blieb rätselhaft. Die plausibelste Erklärung wäre das Eindringen von Flusswasser oder Oberflächenwasser gewesen. Für diese Erklärung sprach die sehr unterschiedliche Schüttung der Quellen: Die Höchstwerte lagen zwischen 7,5 und 8 l/sec, die niedrigsten (1959) bei 1,25 l/sec. Interessant an den Testergebnissen waren niedrigere Verschmutzungsgrade bei geringer Schüttung. Natürlich bereitete auch die bisweilen sehr niedrige Schüttung Sorgen. Sie hätte zwar für die damalige Bevölkerung von etwa 1200 Einwohnern ausgereicht, jedoch ohne Reserven. Ein zusätzliches Problem war der Zustand des örtlichen Leitungsnetzes. Es stammte z. T. aus dem 19. Jahrhundert, hatte an manchen Stellen einen zu geringen Rohrdurchmesser von nicht einmal 50 mm und wies obendrein viele Leckstellen auf. Berechnungen ergaben, dass - laienhaft ausgedrückt - nicht so viel Wasser durchfließen konnte, wie verbraucht wurde. Wie bereits erwähnt, hatte Bürgermeister Berger bereits 1941 dem Wasserwirtschaftsamt mitgeteilt, dass Würm „in Zukunft“ - d. h. im Falle einer Ortserweiterung - einen neuen Hochbehälter von 200 m³ Fassungsvermögen brauche. Dies schien man nach 1945 vergessen zu haben. Als 1955 der Bebauungsplan Wingertäcker - Wasen - Strich rechtskräftig werden sollte, forderte das Wasserwirtschaftsamt den Bau eines neuen Hochbehälters. Es bestand bzw. entwickelte sich zunehmend ein Missverhältnis zwischen der Entwicklung des Dorfes und dem teilweise unzulänglichen Versorgungssystem. In dem Bericht über eine „Wasserschau“ vom 09.05.1957 steht denn auch, dass das Neubaugebiet z. T. auf gleicher Höhe liege wie der alte Behälter, und die höher gelegenen Häuser nur Wasser erhielten, wenn im Tal die Pumpen in Betrieb waren. Die Bewohner auf dem Berg hatten übrigens bereits vor dem Krieg ihre Wasserversorgung „gesichert“, indem sie mit eigenen Pumpen bei Bedarf Wasser zu ihren Grundstücken beförderten.

Indessen ging der Kampf gegen die Kontaminierung des Quellwassers erfolglos weiter: Im möglichen Einzugsgebiet der Quellen mussten Jauchegruben abgedichtet werden, der Graben entlang der Würmtalstraße wurde mit Betonrinnen ausgekleidet, das Gelände über den Quellen mit einer Lehmschicht gegen das Eindringen von Oberflächenwasser „gesichert“. Verbessert wurde die Wasserqualität durch diese Maßnahmen kaum. Knapp zehn Jahre nach der vermeintlich dauerhaften Lösung des Problems sah sich die Gemeinde zur Erschließung neuer Quellen und zum Bau eines neuen Verteilernetzes gezwungen. Am 23.02.1956 präsentierte das Wasserwirtschaftsamt die Kostenschätzung für einen neuen Hochbehälter - 80000 bis 100000 DM. Gleichzeitig stufte die Behörde die Wasserversorgung der Gemeinde als völlig unzureichend ein und empfahl die Erschließung neuer Quellen. Nach dieser Bilanz forderte der Landrat am 04.06.1956 Gemeinderat und Verwaltung auf, erforderliche Beschlüsse zu fassen. Am 31.08.1956 teilte Bürgermeister Bangert dem Landrat mit, Würm habe einen „Wasserforscher“

mit der Suche nach Quellen beauftragt, der auch schon „... mehrere unterirdische Wasserläufe angegeben ...“ habe. Geld für Bohrungen werde im Haushaltjahr 1957 bereitgestellt. Anfang 1959 ließ die Gemeinde in den Breitwiesen (beim Gasthaus Liebeneck) nach Wasser bohren. Das Honorar des „Wasserforschers“ ist übrigens nirgends ausgewiesen; es war wohl in den allgemeinen Kosten für die Erschließung neuer Quellen enthalten.

Trotz der qualitativen Mängel und der äußerst begrenzten verfügbaren Wassermenge wurde in Würm munter weitergebaut - ab 1957 entlang der neu erschlossenen Gartenstraße. Infolge der tiefen Lage war hier die Versorgung sicher. Dass aber mit jedem Hausanschluss im tiefer gelegenen Bereich sich die Versorgung im höher gelegenen Bereich verschlechterte, schien man auf dem Rathaus nicht realisiert zu haben. Weshalb andererseits das Landratsamt, das fast Monat für Monat auf die Mängel hinwies, die Neubaugebiete genehmigte, mag auch niemand zu begreifen. Ein eigenartiger negativer Kreislauf war in Gang gekommen. Um die Infrastruktur - vor allem die Wasserversorgung - auszubauen, brauchte die Gemeinde Geld, mehr als sie zunächst aufbringen konnte. Um die Finanzkraft zu steigern, versuchte sie Gewerbe anzusiedeln, im Frühjahr 1946 die Pforzheimer Uhrenrohwerke (PUW). Daneben sollte eine Steigerung der Bautätigkeit die Einwohnerzahl erhöhen mit dem gleichen Ziel. Gewerbeansiedlung und Bautätigkeit bedeuteten andererseits einen zunehmenden Wasserverbrauch. Gerade die PUW forderten immer wieder eine bessere Wasserversorgung, da sonst der Verbleib des Betriebs in Würm in Frage gestellt sei (GA Fasz. 203).

Angesichts des scheinbar unerhört hohen Finanzbedarfs in den 1950er Jahren musste die finanzielle Ausstattung der Gemeinde verbessert werden. Dies bedeutete für die Einwohner eine unangenehme Begleiterscheinung - höhere Steuern und Gebühren, die nie willkommen sind. Bürgermeister und Gemeinderat agierten denn auch auf diesem Feld sehr zurückhaltend. Dass andererseits die Einwohner einer Gemeinde die Kosten für eine angemessene Lebensqualität selbst schultern müssen, ist auch nicht leicht zu vermitteln. Allerdings hatten damals Städte und Gemeinden die Chance, zu sehr günstigen Konditionen an Zuschüsse bzw. Fördermittel aller Art zu gelangen, wenn sie investierten. Diese Möglichkeiten nutzte, so der heutige Eindruck, die Gemeinde Würm nur unzureichend. Um unliebsame Belastungen für die Einwohner und Schulden zu vermeiden, begrenzte man die Investitionen und verzichtete damit auch auf die möglichen Fördergelder.

Bei der Suche nach Wasser in den Breitwiesen wurde die Gemeinde an zwei Stellen fündig. Im August 1960 beriet der Gemeinderat zum ersten Mal über die Nutzung dieser Vorkommen. Die Kosten für die erforderlichen Pumpen und die Leitung zum Dorf in Höhe von ca. 250000 DM schockierten natürlich, zumal die Kosten für den unverzichtbaren neuen Hochbehälter dazukamen und das immer nutzloser werdende Bildstätt-Projekt noch nicht völlig bezahlt war. Im Laufe des Jahres 1960 war die Versorgung aus den Bildstätt-Quellen so mangelhaft geworden, dass man am 03.08.1960 die Gemeinde Huchenfeld bitten musste, über die alte Leitung aus dem Jahr 1892 eine gewisse Wassermenge zu liefern. Huchenfeld konnte der Bitte nachkommen, da die Gemeinde 1949 die Förderung im Nagoldtal hatte steigern können. Zwischen 1960 und 1962 erhielt Würm aus Huchenfeld eine Wassermenge von 0,9 l/sec, was natürlich nur die Versorgung in den tiefer gelegenen Häusern verbesserte. Die höher gelegenen - bereits ab der Hans-Thoma-Straße - erhielten nur Wasser während der Nacht, wenn im „Unterdorf“ kaum jemand die Hähne öffnete. Scheinbar hoffnungslos schien die Lage, als im Dezember 1960 das Wasserwirtschaftsamt die Nutzung der auf den Breitwiesen gefundenen Vorkommen ablehnte mit der Begründung, die Schüttung sei zu gering, und eine Kontaminierung nicht auszuschließen. Die Vorbehalte sind nachvollziehbar: Die neuen Quellen lagen wie die Bildstätt-Quellen nahe bei der Würmtalstraße und am Fluss.

Im Jahr 1961 geriet der Wassermangel zur Katastrophe. In den höher gelegenen Straßen ließ die Gemeindeverwaltung Wasserbehälter aufstellen, die von Tankwagen mit Brauchwasser gefüllt wurden. Die Bewohner der Neubaugebiete mussten ja die Wasserspülungen in ihren Häusern irgendwie funktionsfähig halten. Gleichzeitig versuchte man auf dem Armenweg an Wasser zu kommen. So verhandelte die Gemeindeverwaltung mit der Stadt Pforzheim über eine Versorgung der Anwesen „Auf dem Berg“ von der Stadt her. Möglicherweise spielte dabei die Trasse der Bodensee-Wasserleitung eine Rolle, die durch den Hagenschieß und über den Britschpfad führen sollte. Eine realistische Lösung schien sich anzubahnen, als die Stadt Pforzheim ihre Wassereinzugsgebiete systematisch erforschen ließ und um die Jahreswende 1961/62 bei einer Bohrung auf der linken Seite des Lettenbaches einige Meter oberhalb der Würmtalstraße im geklüfteten Fels auf eine starke Wasserader stieß. Aufgespürt

hatte sie angeblich ein Rutengänger, nach Meinung mancher Zeitzeugen der bereits für Würm tätige „Wasserforscher“. In Würm dachte natürlich jeder, diese erbohrte Ader könnte als Brunnen für die örtliche Versorgung genutzt werden. Nach einem Dauerpumpversuch, bei dem die Schüttung gleichmäßig blieb, war die Stadt bereit, der Gemeinde Würm die Entnahme einer begrenzten Wassermenge zu gestatten. Doch wieder erhielten Verwaltung und Gemeinderat einen Dämpfer: Im August 1962 lehnte das Wasserwirtschaftsamt eine Versorgung aus der Ader am Lettenbach ab. Nur eine vorübergehende provisorische Nutzung komme in Frage. Die Kosten für das genehmigungsfähige Provisorium - Brunnenstube, Pumpen, Anschluss an das örtliche Leitungsnetz usw. - wurden auf 144000 DM beziffert. Es ist zu vermuten, dass das Wasserwirtschaftsamt die Bemühungen Würms um eine eigene Wasserversorgung deshalb ablehnte, weil das Bodenseeleitungsnetz bereits voll im Ausbau begriffen war. Ziel der Wasserwirtschaftsämter schien die flächendeckende Versorgung auch kleinerer Gemeinden mit Bodenseewasser gewesen zu sein. Unter den Würmer Gemeinderäten verbreitete sich jedenfalls das Gefühl, sie sollten in den Bodensee-Wasserverband „hineingeschubst“ werden. Anzumerken ist, dass Schüttung und Wasserqualität der Ader am Lettenbach seit ihrer Erbohrung kontrolliert werden und sie zeitweilig als Reserve für die Versorgung Würms galt.

Die Bewältigung der Dauerkrise verdankte die Gemeinde vor allem dem 1960 gewählten Bürgermeister Heinrich Saur. Seine Amtszeit begann auf dem Höhepunkt der Misere. Ihm war klar, dass sich Würm als Wohnort und als Gewerbestandort in Konkurrenz zu anderen Gemeinden im Stadtumland nur behaupten konnte durch eine Sanierung der maroden Infrastruktur. In der kurzen Zeitspanne von 1962 bis 1964 sorgte er dafür, dass entscheidende Beschlüsse gefasst und umgesetzt wurden.

Zunächst hatten Gemeinderat und Verwaltung keine andere Wahl, als die provisorische Nutzung des Vorkommens am Lettenbach anzustreben, wenn man im Sommer 1963 nicht wieder eine Situation wie in den Jahren zuvor erleben wollte. Um eine Entscheidungshilfe für die Zukunft zu erhalten, wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, die Kosten für einen Bodenseewasser-Anschluss mit den Kosten für eine Eigenversorgung zu vergleichen. Der Vergleich fiel eindeutig zugunsten der Bodensee-Lösung aus: 162000 DM gegen 420000 DM. Eine Eigenversorgung hätte die Erschließung einer zweiten Quelle, den Bau einer Aufbereitungsanlage und eines Pumpwerks bedeutet - Investitionen, die beim Anschluss an das Bodenseenetzen entfielen.

Im Oktober 1962 beschloss denn auch der Gemeinderat, dem Bodensee-Wasserverband beizutreten und meldete die stolze Abnahmemenge von 5 l/sec an. Im Dezember gleichen Jahres fiel die Entscheidung, den unverzichtbaren Würmer Hochbehälter auf dem Berg zu bauen. Er sollte 400 m über NN liegen, 350 m³ fassen und vom Behälter Hagenschieß aus versorgt werden. Genehmigt wurde die Maßnahme im März 1963, abgeschlossen war sie im Oktober. Parallel dazu liefen Arbeiten an neuen Leitungssträngen, vor allem vom Hochbehälter zum örtlichen Leitungsnetz. 1965 waren die Arbeiten im Großen und Ganzen abgeschlossen, und am 07.07.1965 feierte die Gemeinde im Gasthaus zur Post ein „Wasserfest“. Nach Jahrzehnten des Mangels und meist erfolgloser Notbehelfe herrschten „normale“ Verhältnisse. Die finanzielle Belastung der Gemeinde erreichte allerdings einen empfindlichen Grad - jedenfalls nach damaligen Maßstäben. Die Kosten für Neubau- und überfällige Sanierungsmaßnahmen (am innerörtlichen Leitungsnetz!) beliefen sich auf etwa 930.000 DM, die wie folgt bereitgestellt wurden:

Zuschuss	405.000 DM
Eigenmittel:	
Verwaltungshaushalt:	57.000 DM
Rücklagen:	40.000 DM
Außerordentlicher Holztrieb:	28.000 DM
Innere Darlehen:	20.000 DM
Äußere Darlehen:	380.000 DM

Wenn man diese Zahlen in Relation setzt zur Finanzkraft der Gemeinde - das Haushaltvolumen betrug damals etwas weniger als ½ Mio. DM - dann bedarf es keines weiteren Kommentars. Zunächst blieb nichts anderes übrig, als in den Häusern Wasserzähler zu installieren und die Wassergebühren drastisch anzuheben. Mit 0,90 DM pro m³ Wasser gehörte Würm zu den Gemeinden innerhalb des Boden-

see-Wasserverbandes mit den höchsten Gebührensätzen. Nur einige Großstädte, z. B. Stuttgart, verlangten mehr: 1 DM, damals die absolute Schwelle. Entsprechend laut fielen die Klagen aus über die „Abzockerei“, verbunden mit dem Hinweis, früher sei man doch auch mit weniger Geld ausgekommen. Man hätte, so meinten manche Zeitgenossen, in den Neubaugebieten nur den Einbau von Wasserspülungen in die Toiletten verbieten müssen, dann wäre „es auch billiger gegangen“. Gute alte Zeiten behalten einfach ihren Reiz, auch wenn sich bei genauem Hinsehen eine katastrophale Lebensqualität hinter ihnen verbirgt.

Wie überfällig der Ausbau der Infrastruktur mit ihren finanziellen Konsequenzen war, zeigen folgende Zahlen: Zwischen 1964 und 1969 stieg die Einwohnerzahl von 1423 auf 1715 an, der jährliche Wasserverbrauch von 58000 m³ auf 70700 m³. Dies bedeutete einen Tagesverbrauch von 193 m³ für das ganze Dorf und einen Verbrauch von knapp 113 l pro Einwohner. Die Barriere gegen die Entwicklung der Gemeinde war endlich gefallen. Würm wurde ein beliebtes Wohngebiet, während lange Zeit die Faustregel gegolten hatte, dass man dort nicht einmal über genügend Wasser verfüge.

Mit dem Bau eines weiteren Hochbehälters im Gewann Reutwald (1969) konnte der Bodensee-Wasserverband das Bundeswehr-Depot auf der Huchenfelder Gemarkung und bei Bedarf den Ortsteil Huchenfeld versorgen. Würm erhielt dadurch einen weiteren Versorgungsstrang, was angesichts der Entwicklung der Bautätigkeit mit den Hochhäusern im Bereich der Ritterstraße und der Dollbronner Straße nicht unwichtig war.

Herbert Ruff

*Bei der Abfassung des Aufsatzes habe ich folgendes Quellenmaterial verwendet:
Sitzungsprotokolle des Gemeinderates und des Bürgerausschusses 1847ff.
Gemeindeakten zum Thema Wasserversorgung:
Faszikel 71, 261, 262, 263, 268, 269 und 272.
Kleine Huchenfelder Wasserchronik.*

Veröffentlicht im Ortsnachrichtenblatt „Würm aktuell“ in 6 Folgen von Ausgabe Nr. 44 vom 14.11.2018 bis Nr. 49 vom 15.12.2018.